„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—32 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West.
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

„Die freie Schule im freien Staat"

Eine starke Welle der Erregung wogt gegenwärtig durch die Provinz Saskatchewan. Anlaß dazu bietet die Aufrollung der gesamten Schulfrage in der Legislatur. Wie wir erfahren, laufen bei der Regierung in Regina zahlreiche Protest-Telegramme gegen die geplante Aenderung des Schulgesetzes ein. Die Französisch-Canadische Schulvorsteher-Vereinigung und die Christliche Schulvorsteher-Vereinigung von Saskatchewan haben an alle Abgeordneten der Regierungsgruppen im Provinzparlament ein gemeinsames Protestzirkular gerichtet.

Es liegt uns ferne, Oel in die Flammen zu gießen. Doch wir dürfen vielleicht darauf hinweisen, daß wir schon im „Courier" vom 29. Januar 1930 in einem Redaktionsartikel, betitelt „Regierung und Minderheiten in Saskatchewan", die Behauptung aufstellten:

> „Radikale Aenderungen des Schulgesetzes, die von der kooperativen Regierung geplant sein sollen, können für sie zum heißen Eisen werden, an dem sie sich früher oder später die Finger verbrennt."

In neuerer Zeit ist in der Schul- und Erziehungsfrage namentlich ein Gesichtspunkt stark und nachdrücklich in den Vordergrund getreten, das sogenannte Elternrecht, auf Grund dessen es vor allem Sache der Eltern ist, darüber zu entscheiden, in welchem Geiste ihre Kinder erzogen werden sollen. Man gesteht dem Staate gerne das Recht zu, allgemeine und großzügige Richtlinien bezüglich des Lehrplans, der Wissensgebiete usw. aufzustellen, spricht ihm aber das Recht ab, den Geist oder die Weltanschauung des Unterrichts selbst zu bestimmen oder zu beeinflussen. Dieses moderne Elternrecht führte letzten Endes zu der Forderung: „Die freie Schule im freien Staat!" Holland hat in dieser Richtung bemerkenswerte und erfolgreiche Fortschritte zu verzeichnen. Die neue deutsche republikanische Reichsverfassung erkennt das Elternrecht ausdrücklich an. Auch andere Länder folgen mehr und mehr diesen Beispielen. Nur in Saskatchewan scheint man das demokratische Prinzip des Elternrechtes immer stärker durchbrechen zu wollen, indem man durch gesetzliche Maßnahmen den provinzialen Regierungseinfluß noch fester zu verankern sucht, einfach unter Berufung auf gewisse Wahlversprechungen.

Moderne und gesunde Strömungen wie die des Elternrechtes, das auf der natürlichen und übernatürlichen Verantwortung der Eltern gegenüber ihrem Nachwuchs beruht, lassen sich bekanntlich wohl einige Zeit zurückdämmen, werden aber doch eines Tages die Dämme zerbrechen, um ebenfalls in das breite Strombett einer fortschreitenden Kultur einzumünden. Wozu dann neue Dämme aufrichten, die doch nicht von Dauer sein können? Wozu Hindernisse aufrichten, die doch eines Tages überwunden werden? Wozu Verärgerung und Erregung verursachen, die das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Gruppen in unserer kosmopolitisch zusammengesetzten und religiös stark gemischten Provinz Saskatchewan nur stören? Je mehr man das Selbstbestimmungsrecht der Bürger und ihrer einzelnen nationalen und konfessionellen Gruppen respektiert, desto reibungsloser und harmonischer gestaltet sich die Entwicklung zu einer großen canadischen Nation, die unser aller Ziel ist.

Die Proteste, die in den letzten Tagen im Parlamentsgebäude zu Regina eingelaufen sind und vielleicht in den nächsten Tagen noch einlaufen werden, sind Warnungssignale, die keine verantwortungsbewußte Regierung übersehen kann, wenn sie das gemeinsame Wohl aller ihrer Bürger am Herzen hat. Glück und Zufriedenheit zu erhalten, ist eine ihrer Hauptaufgaben. Leidet ein Teil des Volkskörpers, werden ihm gesetzliche Rechte oder solche, die durch Gewohnheitsrecht entstanden sind, beschnitten, so tritt eine Erschütterung des gesamten Organismus ein, die nur unheilvolle Wirkungen haben kann. Darum: „Videant Consules!"— Mögen die verantwortlichen Männer zusehen, daß das Staatswohl nicht Schaden leide!

George Washington und die Deutschen

Dr. J. C. Ludwig von Neu-Braunfels (Pennsylvania) besitzt Briefe, die sein Urgroßvater, Dr. Johann Conrad Ludwig, von George Washington erhielt, und die deutsche Bemerkungen und Zitate enthalten. Die Briefe sind, wie Dr. Ludwig mitteilte, von George Washington selbst geschrieben. Beim Deutschschreiben bediente Washington sich der lateinischen Buchstaben. Dr. Johann Conrad Ludwig kam ungefähr 1765 nach Pennsylvania und war während des Revolutionskrieges Stabsarzt (Staff Surgeon) in Washingtons Armee und Washingtons Leibarzt („personal medical attendant").

Einen weiteren Beweis, daß George Washington, der größte amerikanische Staatsmann, auch in der deutschen Sprache etwas bewandert war, liefert eine Mitteilung des „Philadelphia Evening Bulletin", der das folgende entnommen ist.

Von Frank M. Zeller ist bei einer Einsicht in die Familienchronik von Womelsdorf, Pennsylvania, festgestellt worden, daß George Washington auch einmal eine kurze deutsche Ansprache gehalten hat.

Es war am 13. November 1793, als Präsident George Washington bei einer Reise seinem alten Kriegskameraden Peter R. Zeller von Fort Zeller im Seltzer-Haus zu Womelsdorf einen Besuch abstattete.

Die Einwohner von Womelsdorf richteten an den Präsidenten eine deutsche Begrüßungsansprache, die wie folgt lautete:

„Ew. Exzellenz! Empfangen Sie gütiger Weise unsere loyale Hingebung, die der Dankbarkeit anläßlich dieses friedlichen und glücklichen Augenblicks entfließt, Ew. Exzellenz in unserer Mitte zu haben. Die Taten, die Sie mit so viel Erfolg und Weisheit in dem kürzlichen glorreichen Kriege unter Führung des Allmächtigen vollbracht haben, das Glück und der Wohlstand, deren wir uns unter Ihrer Administration seit dem Friedensvertrag erfreuen, alles dies in Verbindung mit Ihrer Empfehlung eines Systems der Neutralität in diesem kritischen Augenblick, hat alle Menschen ermutigt, Ihnen ihre höchste Achtung und Liebe zu bringen. Wir wünschen Ihnen langes Leben und Gesundheit."

Wie der Chronik weiter berichtet, antwortete Präsident Washington in deutscher Sprache, und zwar mit folgenden Worten:

„Die Aufmerksamkeit, die Sie mir erzeigen, und die Anerkennung meiner Bemühungen, gibt mir das größte Vergnügen."

An der nämlichen Stelle ist in dem „Evening Bulletin" weiter zu lesen:

„Während des Revolutionskrieges standen viele Deutsche Washington nahe. Steuben und De Kalb waren natürlich die hervorragendsten. In Berks und Lancaster gab es einen „Independent Troop of Horse", der sich aus Schweizern und Deutschpfälzern gebildet hatte. Major Barth von Heer, der als Kavallerie-Offizier unter Friedrich dem Großen gedient hatte, war der Befehlshaber. Diese deutschsprechende Truppe diente bei mehreren Gelegenheiten als Leibwache des Oberbefehlshabers. Zwölf davon, die länger gedient als andere Kontinentalsoldaten, wurden zum Schluß des Krieges auserlesen, Washington nach Mt. Vernon zu eskortieren. Dort erhielt ein jeder von ihnen von Washington als Zeichen seiner Hochachtung Waffenzeug, Ausrüstung und ein Pferd zum Geschenk."

Weltumschau

Volksentscheid über Youngplan? Getreu seiner kürzlich ausgesprochenen Absicht, sich mit den Führern der verschiedenen Parteien ins Einvernehmen zu setzen um deren Ansicht über den Youngplan in Erfahrung zu bringen, hat Reichspräsident von Hindenburg den Führer der Deutschnationalen Dr. Alfred Hugenberg und Dr. Ernst Oberfohren, den bekannten Volkswirtschaftler dieser Partei, in Audienz empfangen. Die beiden, deren ausgesprochene Gegnerschaft gegen den „Neuen Plan", unter welchem Namen der „Youngplan" bekannt ist, kein Geheimnis ist, sollen versucht haben, den Reichspräsidenten zu bestimmen, im Falle der Ratifizierung des Plans durch den Reichstag von seinem Vorrecht Gebrauch zu machen und einen Volksentscheid in der Angelegenheit anzuordnen. Eine solche Zusage vermochte natürlich der Reichspräsident nicht zu geben. Die gleiche Auskunft, die Herr Hindenburg bereits früher anderen Parteidelegationen gegeben, wurde auch Dr. Hugenberg und Dr. Oberfohren zuteil, die nämlich, daß es ihm nicht zustehe, sich über die Angelegenheit zu äußern, ehe der Youngplan ihm nach dessen Gutheißung durch den Reichstag offiziell vorliege.

Man erinnert sich, daß Hugenberg bei all seinen früheren Versuchen den Youngplan zu untergraben Schiffbruch gelitten hat, erinnert sich auch, daß Reichspräsident Hindenburg während des heißen Kampfes um den Volksentscheid über das deutsche Freiheitsgesetz (gemeint war dazumal schon der Youngplan) es für notwendig erachtete, die Behauptung der Deutschnationalen, er, Hindenburg, sei einer der Ihrigen, in der Presse zu desavouieren und ausdrücklich zu erklären, als Reichspräsident stehe er über den Parteien.

Defizit im Reichshaushalt. Die Schwierigkeiten einer Deckung des Defizits im deutschen Reichshaushalt vergrößern sich zusehends. Unter den Kabinettsmitgliedern der Koalitionsregierung herrscht völlige Uneinigkeit. Die vorgeschlagenen neuen Steuerlasten, die Erhöhung der Biersteuer, sowie der Kaffee- und Teezölle stoßen auf entschiedenen Widerstand. Die im Kabinett vertretenen fünf Koalitionsgruppen betreiben Sonderpolitik im Interesse ihrer eigenen Parteien und suchen die Steuerlasten möglichst auf die andere Seite abzuwälzen. In führenden politischen Kreisen wird unter den Umständen bereits mit der Möglichkeit gerechnet, daß die Ratifizierung des Young-Reparationsplanes, die auf spätestens 25. Februar in Aussicht gestellt war, sich weiter verzögern dürfte.

Französ. Sorgen um deutschen Kreuzerbau. Tardieus Sorgen über Deutschlands Kreuzer von der „Ersatz Preußen"-Klasse rufen in Berlin bei denen, die bereits einen Einblick in das demnächst vor den Reichstag kommende Budget des Finanzministeriums gewinnt haben, ein Lächeln hervor. Wie in Erfahrung gebracht worden ist, sieht das Budget 9 Millionen Mark für die Fortsetzung der Arbeiten an der „Ersatz Preußen" vor. Der Kreuzer befindet sich seit 1928 im Bau, und es sind insgesamt Kontrakte für 80 Millionen Mark für seine Vollendung ausgegeben.

Das Programm des Reichswehrministeriums enthält Pläne für den Bau von vier dieser neuartigen Kriegsschiffe innerhalb von 15 Jahren. Die öffentliche Meinung, besonders in der arbeitenden Klasse, ist jedoch entschieden gegen eine neue Belastung der Steuerzahler mit den Kosten von weiteren dieser Kreuzer neben all den Lasten der Reparationen und anderer großer Ausgaben.

In der Erkenntnis dieser Tatsache hat das Reichswehrministerium versucht, einen Fonds zu beginnen, indem es in das Budget einen Posten von 100,000 Mark für „vorläufige Vorbereitungsarbeiten" an dem zweiten der vorgesehenen vier Kreuzer dieser Klasse einsetzte. Dieser Posten wurde jedoch von den Sachverständigen des Finanzministeriums gestrichen, da man einsah, daß seine Annahme durch den Reichstag unwahrscheinlich ist. Weiter hat man erfahren, daß Reichswehrminister Wilhelm Gröner der Form halber die Einstellung dieses Postens in das Budget beantragen will, daß er sich aber der Majorität fügen wird, nachdem der Antrag abgelehnt wird.

Deutsche Polizei u. Kommunisten. Polizei und Kommunisten hatten in Berlin zahlreiche Zusammenstöße, nachdem eine Razzia auf das Liebknecht-Haus am Bülowplatz durchgeführt worden war, in dem sich die Schriftleitung der kommunistischen Zeitung „Rote Fahne" befindet. Die Behörden suchten bei der Razzia nach Material für eine Strafverfolgung wegen Hochverrates durch Verteilung aufreizender Handzettel. Die Haussuchung dauerte zwei Stunden und förderte zwei Wagenladungen revolutionären Propagandamaterials zutage, das mit Lastwagen abgefahren wurde.

Als die 200 Polizeibeamten das Haus verließen, wurden sie von Kommunisten, die sich inzwischen angesammelt hatten, mit Nieder-Rufen begrüßt. Einem Beamten wurde sein Tschako vom Kopf geschlagen, worauf er seinen Revolver zog und zwei Warnungsschüsse abgab.

Die Haussuchung war vom Reichsgericht in Leipzig angeordnet worden, das Information erhalten hatte, daß die Kommunisten sogenannte „revolutionäre Zellen" innerhalb der Polizei zu gründen versuchten. Die Razzia überraschte die Kommunisten unvorbereitet; denn sie hatten in keiner Weise versucht, das Belastungsmaterial zu verstecken oder zu vernichten. Zehn Leute wurden bei der Haussuchung wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt verhaftet, aber neun von ihnen wurden später wieder entlassen.

Rücktritt Tardieus. Der politische Sturm, der die französische Regierung Tardieu seit Beginn der Londoner Marine-Abrüstungskonferenz bedrohte, brach am 17. Februar in der Abgeordnetenkammer los, und die Regierung wurde daher geschlagen. Wenige Stunden später überreichten die Minister ihr Rücktrittsgesuch an Präsident Doumergue, der es sofort annahm. Das Kabinett Tardieu ist somit kaum älter als drei Monate geworden.

Die politischen Folgen des Sturzes der Regierung wurden durch die allgemeine Erregung überschattet. Tardieu zog heute mit fliegenden Fahnen in den Kampf, und obwohl er sich nicht von seinem Krankenbett erheben konnte, leitete er den Kampf der Regierung in der Kammer über das Telephon.

Drei Angriffe auf die Regierung wurden nacheinander abgeschlagen, bis die Regierung bei der vierten Abstimmung schließlich mit fünf Stimmen unterlag, als 286 Stimmen gegen sie und nur 281 Stimmen für sie abgegeben wurden.

Die Minister und Unterstaats-Sekretäre, 22 an Zahl, begaben sich danach sofort an das Krankenbett von Tardieu, der ihr Rücktrittsgesuch aussprach, das er selbst dem Präsidenten überbringen wollte. Da ihm seine Aerzte dies jedoch untersagten, führte schließlich Justizminister Senator Lucien Hubert seine Kollegen nach dem Elysee-Palast und überreichte Präsident Doumergue das Rücktrittsgesuch.

Antikommunistische Stimmung in Paris. Die antikommunistische Demonstration, die in Paris nach dem geheimnisvollen Verschwinden des Führers der russischen Zaristen, des Generals Alexander Paul Kutzepow, vor etwa einem Monat begann, ist infolge kommunistischer Unruhen in Französisch Indo-China weiter verschärft worden. Die Pariser Presse bezeichnet diese Ausbrüche als neue Beweise für die Gefahren des Kommunismus, während die kommunistische „Humanité", die angeblich von Moskau unterstützt wird, behauptet, daß das Volk nur um die Befreiung von dem französischen Imperialismus kämpfe.

Christenverfolgung in Rußland. Trotz der Proteste im Auslande gegen die Schließung von Kirchen in Rußland haben die Sowjets in verschiedenen Landesteilen die Schließung zahlreicher weiterer Kirchen, Synagogen und Moscheen verfügt, die in Arbeiterklubs, Studien, Getreidespeichern und Werkstätten umgewandelt werden sollen. Diese Verfügungen ergingen „als Antwort auf die Forderungen der Arbeitermassen". In den meisten Fällen wurden die Kirchenglocken entfernt und eingeschmolzen.

In zahlreichen Ortschaften ist in der letzten Zeit ferner das Läuten der Kirchenglocken verboten worden. Die Schließung der Kirchen hat ferner zahllose Ikonen auf den Markt geworfen, die für wenige Cents gekauft werden können und oft als Brennholz benutzt werden, während die wertvolleren an die Museen überwiesen werden.

Die russische Kollektivwirtschaft. Das Zentral-Exekutivkomitee der Sowjetregierung beschloß die Mobilisierung von 5000 Mitgliedern der städtischen Sowjets, die den Dorfsowjets und Provinzialexekutiven bei der Durchführung der Kollektivierung der Farmen behilflich sein sollen. Moskau soll 2000 dieser Führer stellen, Leningrad 1700, Iwanowo 900 und Uralsk 300. Diese Männer werden nach Distrikten im Südrien, Kaukasien, Baskirien und Kirghisien gesandt werden. Diese Entscheidung folgt der kürzlichen Entsendung von Fabrikarbeitern nach den landwirtschaftlichen Zentren zur Sicherung des Erfolges der Kollektivierung der Farmen.

Weiter haben die hiesigen Behörden die Einführung von neuen fleischlosen Tagen pro Monat für alle Restaurants in Moskau verfügt, um so Fleisch und Feuerung zu sparen. Nach den jetzigen Bestimmungen hat ein Arbeitermitglied der kommunistischen Partei Anspruch auf ein halbes Pfund Fleisch pro Tag, aber selbst diese scharfe Rationierung hat die Fleischkrise nicht beseitigen können, die kürzlich zur Verstaatlichung aller Viehzuchtfarmen nach Muster der genossenschaftlichen Farmen führte. Gleichzeitig ist eine Bewegung im Gange, alle nicht arbeitenden Elemente aus den Restaurants auszuschließen.

Russische Spionage in Rumänien. Meldungen aus Bukarest besagten, daß außer dem Chef Tibacu der rumänischen Politischen Polizei noch sieben andere hohe rumänische Staatsbeamte und ein Hochschulprofessor der Spionage im Dienste Sowjetrußlands beschuldigt wurden. Unter den beschuldigten Staatsbeamten befindet sich auch Unterpräfekt Frunteni von Bessarabien.

M. Tibacu, Chef der rumänischen Politischen Polizei wurde unter der Beschuldigung, der eigentliche Leiter eines russischen Spionagesystems zu sein, verhaftet. Die Verhaftung erregte großes Aufsehen. Tibacu wurde verraten, als bei einem angeblichen russischen Spion namens Caraman Chiffre-Nachrichten und größere Geldsummen, die an Tibacu gerichtet waren, gefunden wurden. Caraman wurde während eines Gefechts zwischen Rumänien und russischen Grenzwachen an der bessarabischen Grenze gefangen genommen.

Unruhen in Spanien. Während die Polizei und Bürgerwehr in Madrid Lebensmittel-Unruhen unterdrückten, bereitete sich die spanische Regierung auf die Unterdrückung aller anderen Unruhen vor, die sich irgendwo in Spanien ereignen könnten. Die Regierung Berenguer ist der Ansicht, daß politische Interessen, die die Nachfolger des Diktators Primo de Rivera diskreditieren wollen, hinter den Unruhen stecken und die Arbeitslosen, Republikaner und andere radikale Gruppen zu Gewalttaten aufzuhetzen versuchen.

Die Unruhen in Madrid folgten einer Demonstration der Arbeitslosen, die vor den Palast des Königs marschierten und Arbeit verlangten. Die Unruhen ereigneten sich am Rande der Stadt, wo die Demonstranten in mehrere Lebensmittelgeschäfte einbrachen und Eßwaren stahlen. Eine Anzahl von Demonstranten wurden bei Zusammenstößen mit der Polizei leicht verletzt, bevor die Demonstration ihr Ende fand.

Madrider Zeitungen schätzen, daß etwa 25,000 Leute in der Stadt arbeitslos sind, meist Bauarbeiter. Zahlreiche geringere Unruhen wurden aus ganz Spanien gemeldet, die meisten die Folge der Freude von Studenten über den Sturz Primo de Riveras, während die anderen auf die Mißliebigkeit von Beamten zurückzuführen sind, die von dem Diktator ernannt wurden. Auch die republikanische Strömung soll an Kraft zunehmen.

Der älteste deutschamerikanische Zeitungsmann gestorben

In New York ist kürzlich der Senior der deutsch-amerikanischen Journalisten Georg A. von Massow im 82. Lebensjahr an den Folgen einer Operation gestorben. Die Bestattung des verdienstvollen Heimgegangenen fand in Chicago statt.

Georg von Massow war einer jener deutschen Zeitungsleute in Amerika, die ihr Leben ganz in den Dienst der deutschen Ideale und Kultur gestellt hatten. Sein Hinscheiden wird von einem großen Freundeskreis, der sein Wirken und seine Arbeit stets gewürdigt und geschätzt hat, aufrichtig betrauert. Seine Gattin Minna von Massow, sowie vier Söhne und eine Schwester in Deutschland überleben ihn.

Der Verstorbene, welcher als Sohn des Kammerherrn und Oberleutnants von Massow unweit von Danzig am 5. Oktober 1848 geboren wurde, war ein Teilnehmer an den Feldzügen 1866 sowie 1870 und 1871. Den Militärdienst verließ er mit dem Range eines Leutnants. Im Jahre 1873 wanderte er nach Amerika aus und wandte sich hier, seiner Neigung folgend, der journalistischen Tätigkeit zu. Er war 30 Jahre in der Redaktion der „Illinois Staatszeitung" tätig und trat dann später bei der Chicagoer „Abendpost" ein.

Die Bestattung von G. A. von Massow fand nach einer eindrucksvollen Feier unter zahlreicher Anteilnahme auf dem Memorial Park Friedhof bei Evanston statt.

Von der deutschen Saar

Von H. Trelle, Rhein, Sask.

Gar oft schon war
Die Saar in Gefahr!
Zur Zeit der großen Revolte
Sich Frankreich das Saarland holte (1793)
Als Frankreich den Krieg verloren
Und das Rheinland ward neu geboren
Und die Herren in Wien nun saßen
Und ratschlagten über die Maßen —
Das Saarland sie vergaßen! (1814).
Drum gab's ein Weinen und Klagen,
Man hörte ängstlich fragen:
Warum läßt man's geschehen?
Wir können's nicht verstehen! —
Als bald der Korse wieder kam, (1815 von Elba)
Sich Frankreichs Thron von neuem nahm,
Da gab's ein kurzes schweres Ringen,
Den Ruhestörer zu bezwingen. —
Er wollte nach Nordamerika,
Man bracht' ihn nach Sankt Helena.
Froh schlug die Schwingen der deutsche Aar
Und holte heim die befreite Saar.
Das war eine Freude, ei, fürwahr!
Doch nochmals kam in große Gefahr
Die heiß umworbene, wertvolle Saar.
Dem dritten Napoleon fiel es ein,
Das Saarland sollt' wieder französisch sein.
Es stand schon lange auf der Warte
Der mächtige Kaiser Bonaparte.
Sein festes Ziel der Sehnsucht war
Die kohlenreiche, deutsche Saar.
Es wurde wieder schwer gerungen (1870-71)
Der Friedensstörer ward endlich bezwungen.
Nun hatte das Saarland wieder Ruh',
Und der Himmel gab seinen Segen dazu:
In dunklen Tiefen lag er geborgen,
Die Arbeit winkte, es wurde Morgen.
In Bergen und Tälern der lieblichen Saar
Ein Wirken und Schaffen wunderbar.
Bei Tag und Nacht die Knappen holen
Mit Frohsinn und Fleiß die blinkenden Kohlen.
Elf Millionen Tonnen sogar
Wurden gefördert in einem Jahr.
Und Hammer- und Stahl- und Eisenwerke
Walzten und pochten in mancher Stärke.
Auf blanken Schienen rollten die Züge —
Die Mütter sangen an der Wiege:

„Guten Abend, gute Nacht!
Mit Rosen bedacht, (bedeckt)
Mit Näglein (Nelken) besteckt
Schlüpf unter die Deck':
Morgen früh, wenn Gott will,
Wirst du wieder geweckt.

Guten Abend, gute Nacht!
Von Englein bewacht,
Die zeigen im Traum
Dir Christkindleins Baum.
Schlafe selig und süß —
Schau im Traum 's Paradies!"

So sangen die Mütter an der Saar,
Daß es nur eine Freude war.
Die Farmer holten die Ernte ein,
Die Winzer gewannen den funkelnden Wein.
Und überall Glück nur und Leben und Streben —
„O, möge es keine Kriege mehr geben!".
So betete man jahrein, jahraus
Daheim und im hehren Gotteshaus.
Und dennoch, dennoch zum dritten mal
Türmten sich Wolken über Berg und Tal.
Nach dreiundvierzig Friedensjahren (1914)
Zogen herauf wieder Kriegsgefahren.
Rachsucht, Gier und gelber Neid
Machte die Mächte zum Kampfen bereit.
„Feinde ringsum!" Herr steh' uns bei!
Dein starker Arm unser Helfer sei.
Der Krieg ging verloren,
Der Feind steht im Land — —
Das Saarland seufzt in harter Hand.
Herr, steh' ihm bei und mach' es bald frei!

— Bildung ist keineswegs gleichbedeutend mit Wissen. Gebildet ist auch derjenige, welcher nicht sehr ausgedehntes Wissen und Können besitzt, doch diese sich so zu eigen gemacht hat, daß sie seine ganze Persönlichkeit durchdringen und ihm eine freie und selbständige Stellungnahme zu allen Erscheinungen ermöglichen.

100 Jahre Deutschtum in Brasilien

Bilder und Nachrichten vom deutschen Kolonistenleben in Brasilien dringen immer wieder zu uns, — aber es ist im ganzen wenig bekannt, daß der brasilianische Staat Santa Catharina allein über 200,000 Deutschsprechende beherbergt, das sind etwa 22% seiner Gesamtbevölkerung. Das Deutschtum hat dem Staate sein besonderes Gepräge gegeben; der erste Staatsgouverneur war ein Deutschstämmiger, ebenso wie es der heutige Staatspräsident neben anderen führenden Männern im Staatsleben ist. Ueberall, im land- und viehwirtschaftlichen Siedlungswesen, in Handel und Industrie, Technik und Handwerk, Heilkunde und Krankenpflege, Kunst und Wissenschaft, im Verkehrswesen, in Justiz und Verwaltung, Kirche und Schule macht sich der deutsche Einfluß zum Segen des Landes geltend.

Ueberall in Sta. Catharina feierte man in den vergangenen Wochen und Monaten voller Stolz über das Geschaffene den 100jährigen Gedenktag der ersten deutschen Einwanderung. Ein Rückblick zeigt, wie mannigfaltig die Siedlungsversuche und Koloniegründungen waren, mit welchen Schwierigkeiten sie zu kämpfen hatten, wie bunt und wechselvoll die Schicksale der einzelnen gewesen sind. Heute liegt uns ein solcher umfassender Rückblick vor: Gottfried Ehrres, selbst ein Nachfahre deutschen Einwanderer, hat zur Jahrhundertfeier der deutschen Einwanderung ein mit zahlreichen Bildern geschmücktes „Gedenkbuch" herausgegeben, das eine Gesamtdarstellung des Staates Sta. Catharina in Vergangenheit und Gegenwart, unter besonderer Berücksichtigung des Deutschtums, gibt (Livraria Central de Alberto Entres & Irmao, Florianopolis 1929, Kommissions-Verlag: Ausland und Fremdt Verlags-A.-G., Stuttgart, 8°, 300 S., Preis Rm. 15.)).

Der Staatspräsident Dr. Adolf Konder selbst hat dem Buch seine Unterstützung geliehen, hervorragende Historiker und Politiker, Dichter, Kirchen- und Schulmänner haben ihre Beiträge vereinigt und dem Ganzen neben seinem familiären bedeutenden Werte eine stark persönliche Note gegeben. So entstand ein überaus lebendiges und farbiges Bild der gesamten Kolonisationsgeschichte. Eine Reihe von Karten und Urkunden sowie ausführliches Bildermaterial, zum Teil von dokumentarischem Wert, ergänzen die Darstellungen. Am ganzen ist das Werk von seltener Geschlossenheit und Reichhaltigkeit, stolz zurückschauend und zukunftweisend zugleich an der Schwelle des zweiten Jahrhunderts deutschen Arbeitens und deutschen Lebens in Südbrasilien.

Besehen Sie, bitte, Ihre Courier-Rechnung und bezahlen Sie dieselbe in den nächsten Tagen!

Last-Auto- (Motor Truck) Lizensen

Die Gebühren für Lastautolizensen sind wie folgt abgeändert worden:

„Wenn ein Lastauto während des Jahres 1930 ausschließlich im Gemeindebezirk einer Stadt oder eines Städtchens oder ausschließlich in Verbindung mit den Farmarbeitern des Eigentümers verwendet worden ist, soll die zu zahlende Lizensgebühr auf diejenige ermäßigt werden, die für das Jahr 1929 auf ein Lastauto mit ähnlicher Räderbasis gezahlt worden ist."

In jedem Einzelfalle muß der volle Betrag der vorgeschriebenen Gebühren bei Ausstellung der Lizens bezahlt werden.

Um Rückerstattung, die einer Ermäßigung gleichkommt, zu erlangen, muß das Gesuch nach dem 31. Dezember 1930 und an oder vor dem 28. Februar 1931 eingereicht werden.

Dieses Gesuch muß von einer eidesstattlichen Erklärung (statutory declaration) begleitet sein, die bezeugt, daß das Lastauto ausschließlich innerhalb des Gemeindebezirks des Städtchens oder der Stadt oder **ausschließlich in Verbindung mit den Farmarbeiten des Eigentümers gebraucht worden ist.**

Hon. J. A. Merkley, Provinzial-Sekretär.
J. W. McLeod, Stellvertr. Prov.-Sekretär.